Heft 2-2023 | EUR 9,00 | C 12232

Sozialismus.de

Monatlich Hintergründe, Analysen und Kommentare | täglich im Netz

Garnet Alps u.a.: Digitale Gewerkschaftsarbeit

Andreas Flach: Organizing-Blitz in Schwäbisch-Hall

Forum Gewerkschaften

Beiträge u.a. von Florian Weis, Thomas Jaitner, Bernd Riexinger, Bernhard Sander, Joachim Bischoff, Bernhard Müller, Björn Radke

Supplement: Axel Troost

Dies ist ein Artikel aus der Monatszeitschrift Sozialismus.de.
Informationen über den weiteren Inhalt finden Sie unter
www.Sozialismus.de.
Dort können Sie ebenfalls ein Probeheft
bzw. ein Abonnement bestellen.

Aktuelle Analysen ohne Paywall

veröffentlicht die Redaktion zwischen den monatlichen Printausgaben im Netz auf

www.Sozialismus.de

»Investieren, solange die Kanonen donnern«

Während die Klassenkämpfe um die Altersversorgung gerade erst begonnen haben, kündigt der französische Staatspräsident ein breit angelegtes Umstrukturierungs- und Aufrüstungsprogramm für die Streitkräfte an. [...]

Rassistische Debatten zur Silvesternacht 2022

»Randale in Berlin« ist fast schon sprichwörtlich, und nun gibt es erneut Ereignisse in der Silvesternacht, die sich in dieses Klischee einreihen: gewaltsame Vorfälle von Moabit über Lichtenberg bis Neukölln. Silvester 2022 ein »typisches Berliner Problem«? [...]

Putschversuch der Bolsonaristen

Am 1. Januar konnte Lula da Silva nach 2003 und 2007 zum dritten Mal das Amt des Präsidenten Brasiliens antreten. Entgegen der Tradition wurde ihm die Präsidentenschärpe nicht von seinem Vorgänger überreicht, sondern von einer Gruppe von Brasilianer*innen –unter ihnen ein Indigener, ein schwarzer Junge, ein Arbeiter, eine Müllsammlerin sowie ein Behinderter. [...]

Dafür brauchen wir Unterstützung!

Wie Abonnent:innen und Leser:innen das konkret machen könnten, steht ebenfalls unter

www.Sozialismus.de

Heft Nr. 2 | Februar 2023 | 50. Jahrgang | Heft Nr. 480

Kriegsrhetorik, Klimakiller & ein Blick zurück

Redaktion Sozialismus.de: »Deutschland hat leider gerade versagt«
Aus Kriegsrhetorik wird Kriegswirtschaft 2

Björn Radke: Tempolimit – nur »Symbolpolitik«? 6

Florian Weis: Willy Brandt und das Jahr 1972
Vom Umgang mit Ambivalenzen in der Geschichte 10

Perspektiven der Berliner Republik & der Weltwirtschaft

Bernhard Müller:
Wohlstandsverluste trotz guter Beschäftigungssituation 14

Joachim Bischoff: Gelingt ein »Soft Landing«
der Akkumulationsbewegung? 21

Forum Gewerkschaften

Andreas Flach: Aus eigener Kraft stärker werden 30

Garnet Alps/Carsten Maaß/Hartmut Meine/Uwe Stoffregen:
Digitale Gewerkschaftsarbeit – Erfahrungen, Möglichkeiten und Grenzen 33

Otto König/Richard Detje: Tabellenwirksame Lohnerhöhungen
im Zentrum der Forderungen – Tarifrunde 2023 38

Günter Busch: Mit vielen Warnstreiks zum Festbetrag
Tarifabschluss bei den Unikliniken in Baden-Württemberg 41

Rentenklau auf Französisch & spanische Linke vor Wahlen

Bernhard Sander: Die Rentenpläne werden das Gesicht
der französischen Republik verändern 43

Thomas Jaitner:
Superwahljahr in Spanien 47

Debatte | Erinnerung

Bernd Riexinger: DIE LINKE ist ein Parteiprojekt, um das es sich zu kämpfen lohnt
»Nur die Sache ist verloren, die man aufgibt« (Friedrich Schiller) 52

Gerd Siebecke: Ein kämpferisches Leben für ein demokratisches Recht & für den
Sozialismus – Erinnerung an Heinrich Hannover (31.10.1925–14.1.2023) 57

Impressum | Veranstaltungstipps | Film

Impressum. 59

Tipps zum Hingehen oder Online 60

Klaus Schneider: The Banshees of Inisherin (Filmkritik) 61

Supplement

Axel Troost (1.9.1954–6.1.2023)
Positionen zu zentralen Themen der gesellschaftlichen Linken

»Deutschland hat leider gerade versagt«

Aus Kriegsrhetorik wird Kriegswirtschaft

Redaktion Sozialismus.de

Foto: picture alliance/dpa

Die in der Überschrift zitierte These hat Marie-Agnes Strack-Zimmermann (FDP), die Vorsitzende des Bundestagsausschusses für Verteidigung, in den Medien verkündet. Die Politikerin hat Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) aufgefordert, klare Ansagen zur militärischen Unterstützung der Ukraine zu machen. »Wenn man Leopard 2 nicht liefern will, dann muss erklärt werden, warum. Dann muss der Ukraine erklärt werden, warum«, sagte die Militärexpertin der Freidemokraten.[1] Die Diskussion um den Kampfpanzer werfe kein gutes Licht auf Deutschland: »Wir sind immer hinter der Welle. Also wir warten immer, bis was passiert. Deutschland wartet, das Bundeskanzleramt wartet, bis der Druck steigt, und dann kommt man gewissermaßen in die Gänge.« Dieser erneuten politischen Attacke widerspricht der SPD-Fraktionsvorsitzende im Deutschen Bundestag, Rolf Mützenich: »Frau Strack-Zimmermann und andere reden uns in eine militärische Auseinandersetzung hinein. Dieselben, die heute Alleingänge mit schweren Kampfpanzern fordern, werden morgen nach Flugzeugen oder Truppen schreien.« Eine Politik in Zeiten eines Krieges in Europa mache man nicht im Stil von »Empörungsritualen« oder mit »Schnappatmung«, sondern mit Klarheit und Vernunft. Sicherheitspolitik beschränke sich nicht auf Waffenlieferungen. Schauen wir uns den politischen Konflikt näher an.

Nach dem russischen Überfall auf die Ukraine trifft sich eine internationale Kontaktgruppe zur Unterstützung des Abwehrkampfes der Ukraine regelmäßig, um die zivile und militärische Hilfe zu koordinieren. Den Vorsitz hat der US-Verteidigungsminister Lloyd Austin. Angeführt von den USA haben die westlichen Verbündeten auf dem US-Stützpunkt im rheinland-pfälzischen Ramstein über weitere Waffenlieferungen an die Ukraine beraten. Eine Entscheidung über die Lieferung von Leopard 2 wurde beim letzten Treffen am 20. Januar 2023 vertagt. Die Ampelregierung kommt wegen ihrer vermeintlich zögerlichen Haltung bei der Militärhilfe an Kiew immer stärker unter Druck.

Dabei kündigten Deutschland und mehrere andere Nationen weitere Hilfen an. Zur Unterstützung im Abwehrkampf gegen den russischen Angriff will Deutschland der Ukraine zusätzliche Waffen und Ausrüstung im Wert von einer Mrd. Euro liefern. Dazu zählen eine Einheit des Flugabwehrsystems Patriot,

sieben weitere Gepard-Panzer zur Flugabwehr und ein weiteres Luftabwehrsystem des Typs Iris-T SLM mit weiteren Lenkflugkörpern. Einzelne Lieferungen, die der neue Verteidigungsminister Boris Pistorius (SPD) in Ramstein nannte, waren allerdings schon zu früheren Zeitpunkten angekündigt worden. Gleichwohl ist die Berliner Republik massiv in der Unterstützung der Ukraine engagiert.

Die Ukraine drängt zusammen mit anderen westlichen Unterstützerstaaten auf die Lieferung von Kampfpanzern. Als Grund wird einerseits auf eine bevorstehende Offensive der russischen Streitkräfte verwiesen. Zu deren Abwehr benötige die ukrainische Armee schwere Waffen. Andererseits wird die Möglichkeit betont, den russischen Stellungen schwere Verluste zuzufügen, sodass durch die weitere Befreiung besetzter Gebiete die Chance zu Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen erhöht werden.

Für die Kriegsziele hat die ukrainische Armee einen Bedarf von 300 Kampfpanzern und bis zu 700 Schützenpanzern angemeldet. In einem großen konventionellen Krieg wie in der Ukraine ist ein gemeinsamer Einsatz dieser Waffensysteme wirksam: Die Kampfpanzer schlagen die Bresche in die gegnerischen Linien, die Schützenpanzer bringen den Infanteriekräften (»Schützen«) die unverzichtbare Mobilität.

300 Kampfpanzer und 600 bis 700 Schützenpanzer – für Waleri Saluschni, den Oberbefehlshaber der ukrainischen Streitkräfte, ist das die kritische Größe,[2] die seine Armee braucht, um den Feind besiegen zu können, sprich: um die russische Invasionsarmee hinter die Landesgrenze zurückzudrängen. Der Chef des Bundeskanzleramtes, Wolfgang Schmidt, verweist bei dieser Debatte um Panzer als kriegsentscheidendes Waffensystem auf das in diesem Land verankerte »V2-Syndrom«. Der Name steht für die von den Nazis oft auch als »Wunderwaffe« bezeichnete V2-Rakete, mit der die Wende in der sich abzeichnenden Niederlage im Zweiten Weltkrieg erzwungen werden sollte.[3]

Fakt ist: Selbst bei umgehender Panzerlieferung an die Ukraine sähe sich die Armee rein zahlenmäßig noch immer einer gewaltigen russischen Übermacht gegenüber. Die russische Armee hat in den Gefechten etwa 1.400 Panzer verloren, was in Anbetracht ihrer Reserven verhältnismäßig überschaubar ist. Denn Russland verfügt über etwa 9.000 weitere Kampf- und Schützenpanzer in Werkstätten und Depots, allerdings nicht die modernsten.[4] Darüber hinaus ist die russische Wirtschaft inzwischen auf Kriegsproduktion ausgerichtet. Die Panzerfabrik in Nischni Tagil produziert rund um die Uhr moderne T-90.

Auch viele ukrainischen Panzer wurden durch Artillerie und Panzerabwehrwaffen vernichtet. Das heißt, die Ukraine braucht die westlichen Panzer nicht primär, weil sie den russischen Panzern im Duell überlegen sind. Sondern sie brauchen sie, weil sie zu wenig haben. In seiner modernen Variante gilt der in Deutschland entwickelte Leopard 2 als einer der schlagkräftigsten Kampfpanzer weltweit. Sein Einsatz in der ukrainischen Armee dürfte seine Wirkung auf Russland nicht verfehlen, das über keinen vergleichbaren Panzer verfügt.

Der Leopard 2A7, die modernste Version der deutschen Bundeswehr, ist ein computergestütztes Fahrzeug, schnell, mobil und durchsetzungsfähig sowie ungleich stärker geschützt als alle Vorgänger. Sein Einsatz in der Ukraine wäre durchaus ein wichtiges Waffensystem gegen die russische Invasion. Aber die Rede vom »Game-Changer«, wie es bei den CDU-Politiker*innen und der Vorsitzende des Verteidigungsausschusses Strack-Zimmermann (FDP) durchklingt, ist übertrieben.

Nach Angaben des Herstellers Krauss-Maffei existieren insgesamt über 3.600 Exemplare des Leopard 2 in 18 Staaten. Gemäß dem *International Institute for Strategic Studies* befinden sich davon über 2.000 in 14 europäischen Nutzerstaaten. Dabei ist jedoch nur ein Teil der Flotte einsatzbereit, weil die Instandhaltung der Kampfpanzer nach dem Ende des Ost-West-Konflikts in vielen Ländern stark vernachlässigt wurde.

Die Lieferung von 300 Kampfpanzern wäre vermutlich für die westlichen Staaten kein Problem, wenngleich die Einsatzfähigkeit der Bestände begrenzt ist. Deutschland zum Beispiel hatte etwas mehr als 2.200 Leopard-2-Panzer, als die Mauer fiel. 33 Jahre später stehen kaum 150 einsatzfähige Panzer auf dem Hof. Ihre genaue Zahl hält das Verteidigungsministerium geheim. Bis 2027 soll das deutsche Heer mit 328 Kampfpanzern verschiedener Typen ausgerüstet sein, hochmodern, jedem heutigen russischen Panzer überlegen.

Bislang zögern deutsche Politiker*innen mit einer Lieferung an die Ukraine: Kein einziger Leopard 2 sei für die Ukraine übrig, weil die Bundeswehr sonst ihre Verteidigungsfähigkeit nicht wieder aufbauen und ihren NATO-Zusagen nicht nachkommen könne. In der Bundeswehr gibt es heute schon weniger Panzer, als für die sechs Panzerbataillone erforderlich wären. Eine Abgabe an die Ukraine würde die Bestände weiter reduzieren und das Ziel gefährden, die deutschen Streitkräfte schnell wieder einsatz- und verteidigungsfähig aufzustellen.

Oberst André Wüstner vom Bundeswehrverband argumentiert im Fernsehen: »Irgendwann wird man über die Schwelle Leopard gehen müssen«, aber: »Wir haben sechs Panzerbataillone. Jedes sollte 44 Panzer haben. Vier haben weniger als zehn einsatzbereit!« Die Bundeswehr sei mehr oder weniger nackt! Ihre Lage sei prekär wie nie zuvor. »Wir sind in einer Einsatzbereitschaftslage von 33 Prozent […] Es ist noch nicht

[1] Die FDP-Politikerin ist zugleich in den drei wichtigsten Lobbyorganisationen der Rüstungsindustrie engagiert – in der »Deutschen Gesellschaft für Wehrtechnik« (DWT), dem »Förderkreis Deutsches Heer« (FKH) sowie als Vize-Präsidentin der »Deutsch-Atlantischen Gesellschaft« (DAG). Marie-Agnes Strack-Zimmermann sitzt dort zusammen mit den Spitzenmanagern des parteispendenfreudigen Rüstungskonzerns Rheinmetall (mit der Konzernzentrale und Sponsoring in ihrem Düsseldorfer Wahlkreis) sowie mit den führenden Vertretern aller übrigen deutschen Rüstungskonzerne, nebst weiteren Politiker*innen und hochrangigen Militärs. Außerdem sitzt sie auch im Beirat der Bundesakademie für Sicherheitspolitik unter dem Sprecher MdB Kiesewetter (CDU), zusammen mit Angehörigen des Bundessicherheitsrates.

[2] So im Interview mit dem britischen «Economist» vom 15.12.2022.

[3] Die V2-Rakete wurde von den Nazis im Zweiten Weltkrieg als »Wunderwaffe« bezeichnet – Kanzleramtschef Wolfgang Schmidt benutzt den Begriff in der Debatte um eine Lieferung deutscher Kampfpanzer an die Ukraine. Unionspolitiker, aber auch der Koalitionspartner FDP, reagieren empört.

[4] Laut Aussage von Oberst Margo Grosberg, Chef des estnischen Militärnachrichtendienstes.

verstanden worden, dass wir in eine Art Kriegswirtschaft müssen. Ich will nicht sagen, dass Siemens statt Kühlschränke Munition produzieren muss. Aber wir müssen jetzt beschleunigen.«

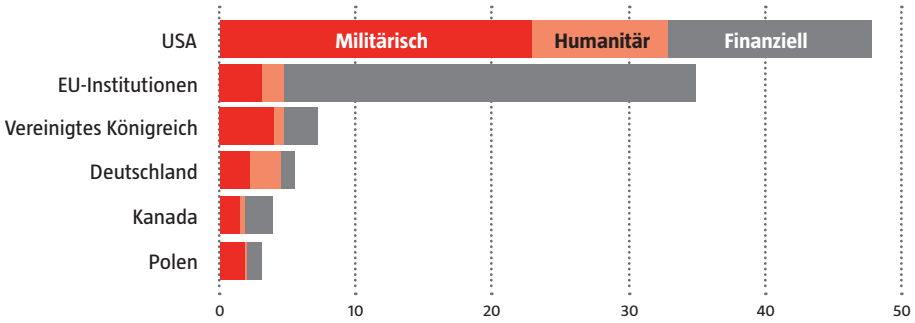
Diese Art »Kriegswirtschaft« wird, wie das V2-Syndrom, offenkundig immer populärer: Der Vorsitzende des Bundeswehrbandes ist keine Ausnahme mit der Forderung nach einer »Kriegswirtschaft«. Verteidigungspolitiker*innen plädieren für »Kriegsfähigkeit« der Bundeswehr. Auch der ehemalige Vorsitzende der Münchner Sicherheitskonferenz und Ex-Washington-Botschafter, Wolfgang Ischinger, forderte in der *ARD* »Kriegswirtschaft« ein, um dem Beschaffungswesen hierzulande Beine zu machen: »Deswegen habe ich auch diesen etwas provozierenden Begriff Kriegswirtschaft benutzt«, die Regierung müsse die Beschaffung des notwendigen Materials mit Priorität behandeln. Unter Kriegswirtschaft oder Kriegsökonomie wird eine auf die Notwendigkeiten des Krieges ausgerichtete Wirtschaftsordnung einer Konfliktpartei verstanden, mit deren Hilfe diese versucht, die eigene Volkswirtschaft und die Wirtschaft der von ihr besetzten Gebiete so einzurichten oder umzugestalten, dass sie den Anforderungen der Kriegslage möglichst gut gerecht wird.

»Kriegsfähig«, »Kriegswirtschaft«: Nicht nur der SPD-Linke Ralf Stegner hat den Eindruck, dass Politik sprachlich Richtung Krieg abgleitet: »Wenn ich neuerdings Forderungen höre, Deutschland müsse kriegsfähig werden oder eine Kriegswirtschaft vorbereiten, habe ich dafür überhaupt kein Verständnis.« Dass es eine bessere Verteidigungs- und Bündnisfähigkeit brauche, habe der Kanzler doch klar benannt.

In einem dem unlängst verstorbenen Rechtsanwalt Heinrich Hannover (siehe hierzu den Beitrag auf den Seiten 57 bis 59 in diesem Heft) gewidmeten Nachruf in seinem Newsletter spricht Heribert Prantl den Aspekt des »Friedensgebots des Grundgesetzes« an, das wie diesem ihm vor Jahren einmal schrieb, viel zu wenig beachtet und geachtet würde. »In der Tat: Das Grundgesetz ist eine sehr friedliebende Verfassung, es enthält die Verpflichtung, ›dem Frieden der Welt zu dienen‹. Freilich wurde versäumt, dieses Friedensgebot zu spezifizieren und zu konkretisieren, so wie das mit dem Rechtsstaatsgebot und dem Sozialstaatsgebot sehr wohl geschehen ist. Das Friedensgebot blieb eine schöne, aber leere Formel; sie ziert das Grundgesetz, wurde und wird aber behandelt wie eine Verzierung. Das war und ist falsch; und das rächt sich in der öffentlichen Diskussion über den Ukraine-Krieg. Sie ist eine haltlose Diskussion, sie hat keinen Halt in der Verfassung – weil der Gehalt des Friedensgebots unklar ist. In der Debatte über das Für und Wider von immer mehr deutschen Waffenlieferungen an die Ukraine spielen das Grundgesetz und sein Friedensgebot kaum eine Rolle. Vielleicht deshalb gilt die Warnung vor einer ›Eskalation‹ des Krieges als ein Ausdruck der Verzagtheit, vielleicht deshalb gilt Kriegsrhetorik als Ausdruck von Realismus. Das ist aber nicht ganz neu. Der Militärhistoriker Wolfram Wette hat schon lange vor dem Ukraine-Krieg einen ›beängstigenden bellizistischen Diskurs in Teilen der Meinungseliten‹ festgestellt«.

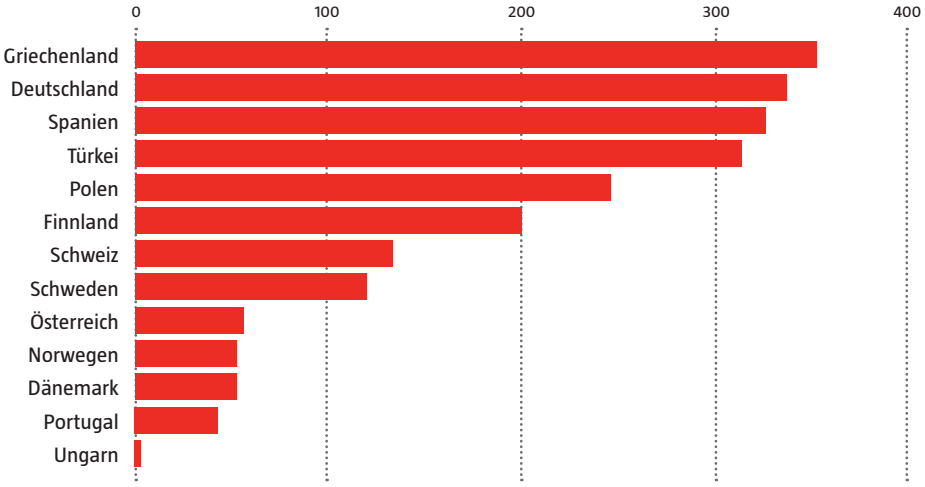
Die Vertreter der Industrie versichern der Regierung, dass sie bereit sei, ihre Kapazitäten rasch auszuweiten, um die Armee auf Vordermann zu bringen. Denn das Wort »kaputtsparen« trifft auf den Zustand der deutschen Bundeswehr durchaus zu, wie die mangelnde Einsatzfähigkeit von Panzern oder Kampfflugzeugen zeigte. Selbst bei der Munition wird im Ukraine-Krieg der Mangel nach wenigen Monaten offenkundig. Die Intensität des Kriegs ist hoch, weil durch Satelliten- und Drohnenaufklärung das Kriegsgeschehen transparenter wird. Es gibt somit viel mehr potenzielle Ziele für die Artillerie als in früheren Kriegen. Pro Monat feuern die ukrainischen Streitkräfte bis zu 40.000 Artilleriegeschosse ab. Die Produktion der entsprechenden Nato-Standardmunition liegt in Europa aber nur bei 300.000 Geschossen pro Jahr.

Abb. 1: Hilfen ausgewählter Länder an die Ukraine, in Mrd. Euro (24.1.–20.11.2022)



Quelle: IfW Kiel

Abb. 2: Bestände von Leopard-2-Panzern nach Ländern



Quelle: IISS/Military Balance

Es gibt daher eine Munitionskrise wegen des Ukraine-Krieges: Der NATO gehen die Granaten aus. Ukrainische Soldaten feuern in ihrem Abwehrkampf gegen Russland täglich Tausende von Artilleriegranaten ab – Munition, die im Westen immer schwieriger zu beschaffen ist. Um die Lücken zu füllen, springt u.a. Südkorea ein. Allein um das Munitionsdepot auf einen ausreichenden Stand zu bringen, müsste Deutschland 13 Mrd. Euro ausgeben. Für Infrastrukturinvestitionen in diesem Bereich wären nochmals so viel nötig. Doch dafür ist das 100 Mrd. Euro Sondervermögen nicht vorgesehen. Munition muss über das ordentliche Budget beschafft werden.

Allerdings hat die Ausweitung der militärischen Produktion ihren Preis: »Erteilt langfristige Aufträge!« Es braucht laut Expert*innen vier bis fünf Jahre, bis sich Investitionen amortisiert haben. Nur wenn die Industrie weiß, dass sie auch nach einem allenfalls raschen Ende des Krieges noch Munition liefern kann, wird sie den Ausbau in die Wege leiten. Auch NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg fordert: Man müsse »die Produktion hochfahren, um die Vorräte der Alliierten aufzufüllen und um sicherzustellen, dass wir die Ukraine lange weiter versorgen können«. Stoltenberg wies darauf hin, dass die Ukraine für die Verteidigung »eine enorme Menge Munition« verbrauche. Aus der NATO wird daher der Aufbau kompletter neuer Rüstungsfabriken gefordert.

Der Düsseldorfer Rüstungskonzern Rheinmetall setzt dies bereits um. Laut Medien will das Unternehmen kommende Woche den Bau eines neuen Munitionswerks im ungarischen Várpalota bekannt geben. Von 2024 an solle dort 30-Millimeter-Munition hergestellt werden. Ein weiteres Werk entstehe im niedersächsischen Unterlüss. »Wir nutzen alle Möglichkeiten, die Kapazitäten weiter auszubauen, zum Beispiel durch die Einführung von Zwei- oder Drei-Schicht-Modellen und die Einstellung neuer Mitarbeiter«, sagte Rheinmetall-Vorstandschef Armin Papperger der Sonntagszeitung FAS. »Von der Politik erbitten wir uns Planungssicherheit in Bezug auf künftige Beschaffungen, um großvolumige Investitionen rechtzeitig angehen zu können.«

Dies wird von den Verteidigungspolitiker*innen der Koalition unterstützt. Die Hersteller brauchten »eine bindende Zusage, dass die Produkte finanziert und abgenommen werden«, sagte die Wehrbeauftragte des Bundestags, Eva Högl (SPD). Nötig seien »verbindliche Aufträge – keine Appelle«. Niemand könne von der Industrie »erwarten, dass sie mal eben Munition auf Vorrat produziert, nach dem Motto: Wird schon abgenommen werden«, sagte auch Strack-Zimmermann.

Die Allianz der »Aufrüstung und Kriegswirtschaft« hat sich – unterstützt von einem Großteil der Medien – durchgesetzt: Eine »große Koalition« von zögerlichem Kanzler und einer Mehrheit der SPD-Fraktion haben den Leopard-Panzer »befreit«. Die westliche Allianz liefert der ukrainischen Armee Panzer und die Kriegswirtschaft erfährt die geforderte Beschleunigung. Mit einem Minimum von 100 westlichen Panzern kann die Ukraine eine Panzerbrigade nach westlichem Modell ausrüsten. Diese Anzahl soll durch Kontingente verschiedner westlicher Staaten erreicht werden, da Deutschland lediglich ca. 14 in Aussicht stellt. Es gilt aber weiterhin: Kampfpanzer sind keine Wunderwaffe. Sie müssen im Verbund eingesetzt und repariert und mit Munition ausgestattet werden. Gleichwohl wird diese Entscheidung als historisch befeiert oder kritisiert.

»Dass Deutschland die Lieferung seines Panzers ›Leopard 2‹ durch Partnerländer freigibt und auch selbst liefert, ist eine erlösende Nachricht für das geschundene und tapfere ukrainische Volk«, sagte die FDP-Politikerin Strack-Zimmermann. Die Aufrüstung ist mit Panzerlieferung, Reparatur und Munition noch nicht abgeschlossen. Andrij Melnyk, Regierungsmitglied in Kiew, fordert die Ausweitung auf eine starke Kampfjet-Koalition mit US-amerikanischen F-16 und F-35, Eurofightern und Tornados, französischen Rafale und schwedischen Gripen-Jets.

Auch ohne Reaktion aus Moskau steht fest: Die Eskalation des Krieges ist nicht beendet.

VSA: Ein Krieg, der keiner sein sollte

Krzysztof Pilawski/Holger Politt
Ein Krieg, der keiner sein sollte
Russlands Überfall auf die Ukraine
aus Sicht unmittelbarer Nachbarn
Eine Publikation der Rosa-Luxemburg-Stiftung
176 Seiten | € 16.80
ISBN 978-3-96488-171-7

Das Meinungsbild in Polen zum »Ukraine-Krieg« deckt sich mit der öffentlichen Stimmung, die entschieden die territoriale Integrität des Nachbarlandes verteidigt und dessen staatliche Unabhängigkeit für einen unentbehrlichen Faktor der heutigen politischen Ordnung in Europa hält.

Im Buchhandel oder direkt bei:
VSA: Verlag, St. Georgs Kirchhof 6,
20099 Hamburg, info@vsa-verlag.de
www.vsa-verlag.de

Probelesen

Wenn diese Probe-Lektüre Sie davon überzeugen konnte, dass Sozialismus das Richtige für Sie mit fundierten Beiträgen zu den Themen

- Berliner Republik/Linke Alternativen
- Wirtschaft & Soziales/Forum Gewerkschaften
- Internationales/Krieg & Frieden
- Buchbesprechungen/Filmkritiken
- sowie zweimonatlich einem Supplement zu theoretischen oder historischen Grundsatzfragen

ist, sollten Sie gleich ein Abo bestellen (und eines der Bücher aus dem VSA: Verlag als Prämie auswählen). Wenn Sie weitere Argumente benötigen, nehmen Sie ein Probeabo (www.Sozialismus.de). Beides geht auch mit dem beigefügten Bestellschein (bitte auf eine Postkarte kleben oder faxen an 040/28 09 52 77-50)

❒ Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum Preis von € 85,- (incl. Porto; Ausland: + € 20 Porto).
Ich möchte die Buchprämie ❒ Kapital ❒ 68er ❒ ABC

❒ Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum verbilligten Preis von € 65,- (für Arbeitslose/Studenten).
Ich möchte die Buchprämie ❒ Kapital ❒ 68er ❒ ABC

❒ Ich bestelle ein Sozialismus-Probeabo ab Heft _____ (3 Hefte zum Preis von € 20,-/Ausland € 25,-).

❒ Bitte schicken Sie mir ein kostenloses Probeexemplar.

_____
Name, Vorname

_____
Straße

_____
Plz, Ort

_____
Datum, Unterschrift

Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb einer Woche bei der Redaktion Sozialismus, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg, widerrufen kann. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

_____
Datum, 2. Unterschrift

Bitte als Postkarte freimachen

Antwort

Redaktion Sozialismus
Postfach 10 61 27
20042 Hamburg

Abo-Prämie

Eines dieser Bücher aus dem VSA: Verlag erhalten Sie, wenn Sie Sozialismus abonnieren oder uns eine/n neuen AbonnentIn nennen (nicht für Probeabo). Bitte auf der Bestellkarte ankreuzen!

Mehr zum Verlagsprogramm:
www.vsa-verlag.de